



Nr. 807

GB 1, Abt. 11 u. 12 (je 2 Exemplare)
Fakultäten 1 – 6 (je 2 Exemplare)
GdP (50 Exemplare)

Aushang

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Braunschweig

Inhaltliche Zuständigkeit und
Organisation: Geschäftsbereich 1

Redaktion und Veröffentlichung:
Geschäftsstelle des Präsidiums

Pockelsstr. 14
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-2152
Fax +49 (0) 531 391-4300

Datum: 22.12.2011

Verfahrensordnung zur Bestellung der Ämter der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 auf der Grundlage der §§ 38 und 39 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBL S. 69) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBL S. 242) die Verfahrensordnung zur Bestellung der Ämter der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig beschlossen.

Die Verfahrensordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 23.12.2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verfahrensordnung vom 07.07.2008 in der Fassung vom 06. Mai 2010 (Hochschulöffentliche Bekanntmachung Nr. 677) außer Kraft.

Technischen Universität Braunschweig

Verfahrensordnung

zur Bestellung der Ämter der Mitglieder des Präsidiums

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig (TU Braunschweig) hat auf der Grundlage der §§ 38 und 39 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBL S. 69) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBL S. 242) die nachstehende Ordnung beschlossen.

I Grundlagen

§ 1 Mitglieder des Präsidiums

(1) Die TU Braunschweig wird von einem Präsidium in eigener Verantwortung geleitet. Dem Präsidium gehören gemäß § 37 Abs. 4 NHG an:

- a) eine Präsidentin oder ein Präsident
- b) bis zu zwei hauptberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten sowie
- c) bis zu vier nebenberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

Insgesamt dürfen nicht mehr als fünf Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten bestellt werden.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident sowie die hauptberufliche Vizepräsidentin oder der hauptberufliche Vizepräsident werden auf Vorschlag des Senats ernannt oder bestellt. Zur Vorbereitung des jeweiligen Vorschlags richten der Senat und der Hochschulrat eine gemeinsame Findungskommission ein. Über die Empfehlung der Findungskommission entscheidet der Senat nach gemeinsamer Erörterung mit dem Hochschulrat.

(3) Für die Ämter der nebenberuflichen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten werden dem Senat von der Präsidentin oder dem Präsidenten Personen vorgeschlagen, die hauptberuflich an der TU Braunschweig beschäftigt sind.

§ 2 Einrichtung einer gemeinsamen Findungskommission

(1) Die gemeinsame Findungskommission besteht aus je drei vom Hochschulrat und vom Senat aus ihrer Mitte bestellten stimmberechtigten Mitgliedern sowie einem vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur bestellten Mitglied mit beratender Stimme. Das Ministerium kann auf die Bestellung des Mitglieds mit beratender Stimme verzichten, sofern das stimmberechtigte Hochschulratsmitglied gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 NHG der Findungskommission angehört. Die Gleichstellungsbeauftragte ge-

schulrat erörtert. In dieser Sitzung berichtet die oder der Vorsitzende der Findungskommission über die Bewerberlage und begründet die von der Findungskommission beschlossene Empfehlung. Im Anschluss soll den eingeladenen Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit gegeben werden, sich in der Sitzung vorzustellen und Fragen zu beantworten. Von der Sitzungsleitung können auch Fragen von Zuhörerinnen und Zuhörern zugelassen werden. Sofern eine Aussprache über die Personen gewünscht wird, hat diese in nicht öffentlicher Sitzung zu erfolgen. Im Anschluss an die Erörterung entscheidet der Senat über die Empfehlung der Findungskommission in nichtöffentlicher Sitzung in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

(2) Die gemeinsame Sitzung von Senat und Hochschulrat wird von einem von der Stellenbesetzung nicht betroffenen Mitglied des Präsidiums geleitet (Sitzungsleitung). Für diese gemeinsame Sitzung gilt die Geschäftsordnung des Senats; die Hochschulratsmitglieder sind den Senatsmitgliedern insofern gleichgestellt. Personenbezogene Daten von denjenigen Bewerberinnen und Bewerbern, die nicht in der Empfehlung der Findungskommission aufgeführt sind, dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung mitgeteilt werden.

§ 6 Beschluss des Senats bei Empfehlung einer Person

Enthält die Empfehlung der Findungskommission nur eine Kandidatin oder einen Kandidaten, beschließt der Senat über den Vorschlag der Findungskommission mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder. Kommt ein Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit bei der ersten Abstimmung nicht zustande, erfolgt ein zweiter Abstimmungsgang. Wird auch bei dieser Beschlussfassung nicht die erforderliche Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Senats erreicht, stellt die Sitzungsleitung fest, dass der Empfehlung der Findungskommission nicht gefolgt wurde und das Amt daher erneut auszuschreiben ist.

§ 7 Beschluss des Senats bei einer Empfehlung mit mehreren Namen

(1) Enthält die Empfehlung der Findungskommission mehrere Namen mit einer festgelegter Reihenfolge, entscheidet der Senat zunächst über den ersten Namen der Empfehlung. Kommt ein Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit (Mehrheit der stimmberechtigten Senatsmitglieder) im ersten Abstimmungsgang nicht zustande, erfolgt eine zweite Abstimmung. Wird die erforderliche Mehrheit für diese Person wiederum nicht erreicht, entscheidet der Senat über die in der Reihung an zweiter Stelle genannte Person. Kommt erneut in beiden Abstimmungsgängen nicht die erforderliche Mehrheit zustande, wird das Abstimmungsverfahren in gleicher Weise mit ggf. weiteren auf der Liste stehenden Personen gemäß der Reihung fortgesetzt.

(2) Hat die Findungskommission eine Empfehlung mit mehreren Namen, jedoch ohne festgelegte Reihenfolge vorgelegt, wird über die vorgeschlagenen Personen in alphabetischer Reihenfolge abgestimmt. Der Senat kann mit einfacher Mehrheit eine hiervon abweichende Reihenfolge für die Abstimmung beschließen. Das Abstimmungsverfahren wird entsprechend Absatz 1 durchgeführt.

(3) Sollte keiner der Kandidatinnen oder Kandidaten die erforderliche Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Senats erhalten, stellt die Sitzungsleitung fest, dass der Empfehlung der Findungskommission nicht gefolgt wurde und das Amt daher erneut auszuschreiben ist.

(3) Wird der Vorschlag des Senats vom Ministerium zurückverwiesen, so werden die Gründe hierfür im Senat erörtert. Der Senat kann sodann beschließen, entweder den Vorschlag dem Ministerium erneut vorzulegen und eine Begründung beizufügen, in der die Einwände des Ministeriums berücksichtigt werden, oder die Präsidentin oder den Präsidenten zu bitten, einen neuen Vorschlag für das Amt der nebenberuflichen Vizepräsidentin oder des nebenberuflichen Vizepräsidenten vorzulegen.

(4) Die Bestellung zur nebenberuflichen Vizepräsidentin oder zum nebenberuflichen Vizepräsidenten ist hochschulöffentlich bekannt zu machen.

§ 11 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der TU Braunschweig in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verfahrensordnung vom 07.07.2008 i. d. F. vom 06. Mai 2010 (hochschulöffentliche Bekanntmachung Nr. 677) außer Kraft.